

Stand: 25.04.2024 15:28:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/2587

"Gerechte Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung - Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für die Kranken- und Pflegeversicherung"

---

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/2587 vom 11.11.2009
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/4463 des UG vom 13.04.2010
3. Beschluss des Plenums 16/4636 vom 22.04.2010
4. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 22.04.2010

## Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Margit Wild, Ludwig Wörner, Christa Steiger, Diana Stachowitz, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

### **Gerechte Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung – Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für die Kranken- und Pflegeversicherung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag lehnt die Ergebnisse der Koalitionsvereinbarung in den Bereichen Gesundheit und Pflege ab. Die Koalition plant den Totalumbau der Kranken- und Pflegeversicherung.

An die Stelle der solidarischen und gerechten Finanzierung der großen Lebensrisiken tritt ein Finanzierungsmodell, das den bisherigen gesellschaftlichen Konsens – die Jungen stehen für die Alten, die Gesunden für die Kranken und die Stärkeren für die Schwachen ein – aufkündigt.

2. Der Landtag lehnt das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags ab.

Nur wenn die Arbeitgeber paritätisch an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligt, werden haben sie ein Interesse an gesunden Arbeitsbedingungen und der Gestaltung des Gesundheitssystems.

3. Der Landtag lehnt die Einführung einer „Kopfprämie“ ab. Die Kopfprämie führt zu einer sozialen Schieflage, weil der Chefarzt genauso viel zahlt wie die Krankenschwester. Der beabsichtigte Sozialausgleich, der aus Versicherten Bittsteller macht, wird im Vergleich zum Gesundheitsfonds ein Bürokratiemonster werden. Zudem stehen die benötigten Steuermittel in Konkurrenz zu anderen Leistungen des Staates und müssen je nach Finanzlage neu verhandelt werden – und das in Zeiten der Finanzkrise!

4. Der Landtag lehnt die ungerechtfertigte Begünstigung der PKV ab. Sie schwächt das solidarische Gesundheitswesen.

5. Der Landtag lehnt die zu erwartenden Leistungskürzungen für die gesetzlich Krankenversicherten ab.

Wenn das Einnahmenproblem der GKV nicht schnell gelöst wird, kann die medizinische Versorgung auf dem bestehenden hohen Niveau nicht aufrecht erhalten werden.

6. Der Landtag lehnt eine Teilprivatisierung der Pflegeversicherung ab.

Anstatt endlich einen solidarischen Ausgleich der Risiken zwischen der sozialen und der privaten Pflegeversicherung zu organisieren, will Schwarz-Gelb zusätzlich eine private „Zwangsversicherung für alle“ einführen.

7. Deshalb wird die Staatsregierung aufgefordert, über den Bundesrat eine Initiative zur umgehenden Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für die Kranken- und Pflegeversicherung zu ergreifen, um deren langfristige, ausreichende und gerechte Finanzierung zu gewährleisten. Damit kann unser Gesundheitssystem, um das uns weite Teile der Welt beneiden, aufrecht erhalten und positiv weiterentwickelt werden.

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit

Antrag der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Margit Wild u.a. SPD**  
Drs. 16/2587

**Gerechte Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung - Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für die Kranken- und Pflegeversicherung**

### I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Kathrin Sonnenholzner**  
Mitberichterstatlerin: **Christa Stewens**

### II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 25. Februar 2010 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FW: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 25. März 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FW: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 13. April 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FW: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.

**Dr. Christian Magerl**  
Vorsitzender

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Margit Wild, Ludwig Wörner, Christa Steiger, Diana Stachowitz, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Drs. 16/2587, 16/4463

**Gerechte Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung – Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für die Kranken- und Pflegeversicherung**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Franz Maget**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit übernimmt der Landtag diese Voten.

